Bund soll 70 Prozent der Pflegemehrkosten tragen

IMMAC
... leading in social investments

Datum:	22. Dezember 2010
Medium:	der Standard

Mödlhammer: Bund soll 70 Prozent der Pflegemehrkosten tragen

22. Dezember 2010, 14:31

Gemeindebund-Präsident bekräftigt Forderungen:
Zusage zu Stabilitätspakt ohne Klarheit bei Pflegekosten "unverantwortlich"

Wien - Gemeindebund-Präsident Helmut Mödlhammer hat seine Forderungen, betreffend Pflege eine Einigung zu erreichen, bevor er seine Unterschrift unter den Stabilitätspakt setzt, am Mittwoch bekräftigt. Er verlangt vom Bund, dass sich dieser mit knapp 70 Prozent an den zu erwarteten Kostensteigerungen im Pflegebereich bis ins Jahr 2014 beteiligt - analog zu der im Finanzausgleich (FAG) vereinbarten Verteilung der Steuereinnahmen.

Mödlhammer tritt dafür ein, dass die Gemeinden 11,8 Prozent, die Länder 20,7 Prozent und der Bund den Rest (67,5 Prozent) der Kostensteigerungen tragen (Aufteilung nach dem ab 2011 geltenden FAG-Schlüssel). Diese Mehrkosten machen insgesamt - einschließlich des Jahres 2014 - knapp 600 Mio. Euro aus, so Mödlhammer, der auf Berechnungen des Sozialministeriums verweist (2011: 63 Mio. Euro, 2012: 118 Mio., 2013: 177 Mio., 2014: 235 Mio.).

Mödlhammer will rasche Einigung

Dass sich Sozialminister Rudolf Hundstorfer (SPÖ) laut einem Bericht der "Presse" (Mittwoch-Ausgabe) angeblich vorstellen könnte, 170 Mio. Euro an Rücklagen aufzulösen, um damit einen Teil des Mehraufwands der Länder bis 2014 abzudecken, hält Mödlhammer lediglich für einen "Tropfen auf den heißen Stein" und lehnt dies daher auch ab. Im Sozialministerium wollte man am Mittwoch diese Summe aber ohnehin nicht bestätigen und sprach lediglich davon, dass man über "Finanzierungsvarianten diskutieren" werde.

Mit Hundstorfers Vorschlag, den Pflegefonds nur als Übergangslösung bis 2014 aufzustellen und dann die Finanzierung der Pflege im Zuge des neuen Finanzausgleichs überhaupt neu zu regeln, ist Mödlhammer grundsätzlich einverstanden. Für diese Übergangslösung verlangte er aber erneut eine rasche Einigung, vorher werde er dem Stabilitätspakt jedenfalls nicht zustimmen: Eine Unterschrift wäre "unverantwortlich", "wenn ich noch nicht weiß, was die Pflege kostet". Es sei ja auch nicht möglich, in diesem Bereich einfach weniger Geld aufzuwenden.

Im Sozialministerium bleibt man ungeachtet der Drohungen auf der bekannten Linie: Es hänge alles an einer Einigung beim Stabilitätspakt, erst dann könne es eine Einigung über die Pflegefinanzierung bis 2014 geben. Weitere Gespräche betreffend der Pflege soll es mit den Vertretern von Ländern und Gemeinden im Jänner geben. (APA)